Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang

Donnerstag, 16. Juni 1921

Nummer 276 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 95 M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Reparation und Arbeiterklasse

Die Verpflichtungen Deutschlands

Die Lage der deutschen Arbeiterklasse

London, 15. Juni.

Der frühere britische Schatzsekretär und jetzige Vorsitzende der London Joint City and Midland Bank, Mac Kenna, hielt heute abend vor einer Versammlung von Finanzleuten eine Rede über die internationalen Schulden, besonders **die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands.** Er sagte u. a., die neuen Beziehungen von Gläubigern und Schuldnern, die infolge des Krieges zwischen den einzelnen Staaten entstanden sind, müßten unbedingt einen **ernstlich störenden Einfluß auf den internationalen Handel ausüben. Der größte Schuldner, nämlich Deutschland, müsse 6750 Millionen Pfund Sterling, davon 6600 Millionen Pfund Sterling für Reparationen, entrichten, während die Vereinigten Staaten, der größte Vorkriegsschuldner, jetzt nicht mehr als 800 Millionen Pfund Sterling schuldeten.** Diese neue Lage der Dinge müsse einen tiefen Einfluß auf die wirtschaftliche Lage der gesamten Welt ausüben. Schulden der Nationen könnten nicht bezahlt werden ohne wichtige Folgen für die Industrien der betreffenden Länder. Da Deutschland der weitaus größte Schuldner sei, so seien die Folgen, die die Bezahlung der deutschen Schulden nach sich ziehen müsse, um so bemerkenswerter.

Mac Kenna befaßte sich hierauf mit der Deutschland vorgeschlagenen **Zahlungsmethode,** und den Vorbedingungen, die notwendig sind, um die Zahlungen zu ermöglichen, sowie mit den Folgen, die sich daraus für den internationalen Handel ergäben. Er kam im Verlaufe seiner Ausführungen zu dem Schluß, **die Herabsetzung der Lebenshaltung unter den arbeitenden Klassen müsse zur Abzahlung der Reparationsschuld durchgeführt werden.** Mac Kenna sagte weiter, die erste Frage, die sich ergebe, sei die: **Werde die deutsche Arbeiterklasse dem zustimmen?** Soweit augenblicklich beurteilt werden könne, müsse die Antwort auf diese Frage **bejahend lauten.** Im gegenwärtigen Augenblick betrügen die Löhne in Deutschland **nicht mehr als die Hälfte** der in England bezahlten. Die Fügsamkeit des deutschen Arbeiters sei wohl darauf zurückzuführen, daß das augenblickliche Los der deutschen Arbeiter besser sei als während des Krieges, wo alle Klassen in Deutschland infolge der Blockade äußerste Entbehrungen zu erleiden hatten, wie kein anderes Volk. Angesichts der Frage, ob der deutsche Arbeiter nicht mit der Ausdehnung des Handels und der wachsenden Wohlfahrt der Industrieunternehmungen in seiner möglichen Lebenshaltung aufgebessert werde, erklärte Mac Kenna, unter **normalen** Verhältnissen werde er das sicher, denn eine Nation könne nicht sehr lange den Vorteil des Wettbewerbs zu niedrigen Erzeugungskosten, die auf verhältnismäßig niedrigen Löhnen beruhen, behalten. Die deutsche Regierung, die Presse und die Unternehmer würden also dem deutschen Arbeiter klar machen, wenn er nicht zu niedrigen Löhnen arbeite, dann könne die große Schuld Deutschlands nicht gezahlt werden, und eine fremde Invasion werde die Folge sein. Die Versicherung der deutschen Presse würde bestärkt **durch die Erklärungen der Staatsmänner im Obersten Rat,** die den deutschen Arbeiter mit einer erneuten Besetzung bedrohen und mit einer Blockade, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme. **Eine aktive Erhebung der deutschen Arbeiter sei kaum zu erwarten,** vorausgesetzt, daß der deutsche Arbeiter gerade die für sein Auskommen nötigen Mittel erhalte, um seine Energie aufrechtzuerhalten. Es sei möglich, daß er sich fügen werde, bis die Schuld aufgebracht sei. **Es sei zwar möglich, daß der Reparationsplan zusammenbreche und daß es sich ergebe, daß die geforderten Beträge Deutschlands Leistungsfähigkeit überschreiten.** Man müßte jedoch die Möglichkeit in Betracht ziehen, daß Deutschland tatsächlich in der Lage sei, zu zahlen, und wenn dies der Fall sei, dann müsse man seine Aufmerksamkeit der Wirkung zuwenden, die sie auf den ausländischen Handel und besonders auf den Handel mit England ausüben würde. —

Mac Kenna sagte weiter: **Wir zwingen dem deutschen Volke** Arbeitsbedingungen auf, die es ihm ermöglichen, Waren jeder Art **billiger** anzufertigen als wir. Die Deutschen müssen es tun, um ihre Schulden zu bezahlen, und wir bestehen auf der Zahlung der Schulden, unter der Drohung der Besetzung deutschen Gebietes und einer Blockade. **Dadurch zwingen wir unseren Handelsrivalen unter Bedingungen zu leben, die es Deutschland ermöglichen, uns aus ausländischen Märkten zu verdrängen.** Wir werden zwar unseren Teil an der deutschen Entschädigung erhalten, der höchstens etwa 80 Millionen Pfund jährlich betragen wird, jedoch die Umstände, die es Deutschland ermöglichen, uns diese **Beträge zu bezahlen, werden Deutschland in die Lage versetzen, unseren Außenhandel zu gefährden,** der einschließlich der sichtbaren Ausfuhr jetzt über 1,100 Millionen Pfund jährlich beträgt. Vor die Frage gestellt, ob es denn einen Weg gebe, um irgendetwas aus Deutschland herauszubekommen, ohne sich selbst Schaden zuzufügen, schlug Mac Kenna vor, von Deutschland zu fordern, daß es nach England, Frankreich und den übrigen alliierten Ländern — je nach dem Bedürfnis dieser Länder — Artikel wie **Kohle, Holz, Kali** und **Zucker** sende, die es allein in großen Mengen erzeuge. Dies werde ohne Zweifel bedeuten, daß viel deutsches Kapital und viel deutsche Arbeit aus dem Gewerbe herausgezogen, und für die Erzeugung der Materialien herangezogen werden müßten, die die Länder, denen Deutschland schulde, benötigten.

Mac Kenna schloß seine Rede mit der Bemerkung, daß diese Ausführungen über die Schulden Deutschlands auch auf die Schulden der anderen Länder anwendbar seien.

Justizdebatte im Landtag

Im Preußischen Landtag stand gestern der Justizetat zur Debatte. Justizminister **Am Zehnhoff** hielt die einführende Rede, und es muß ihm zugestanden werden, daß er sich der üblichen Scharfmachereien, die man sonst von einem Justizminister gewöhnt ist, enthielt. Er kündete eine ganze Reihe von **Reformen** an, die im Zusammenhang mit der neuen Regelung des Strafrechts durchgeführt werden sollen. Herr Am Zehnhoff sprach mit sehr leiser Stimme. Die Abgeordneten mußten, um ihn zu verstehen, bis an die Regierungsbank vortreten. Wiederholte Zurufe von der linken Seite des Hauses versuchte der Herr Justizminister mit leiser Ironie zu entkräften. Er nahm die preußischen Richter selbstverständlich gegen den Vorwurf der **Klassenjustiz** in Schutz. Jedoch konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob auch Herr Am Zehnhoff der Ueberzeugung sei, daß in dem Staate Dänemark, den er zu verwalten hat, vieles **faul,** ja sogar **oberfaul** ist. Der Herr Justizminister ist ein älterer Herr und körperlich nicht mehr ganz frisch. Vielleicht kennt er seine Pappenheimer, sagt sich aber infolge seines Alters: Warum soll ich mich noch aufregen? **Den Augiasstall miste ich ja doch nicht mehr aus. Dazu gehört ein Herkules!**

Diese Herkulesarbeit muß aber getan werden. Denn heute liegen die Dinge so, **daß fast kein Tag vergeht ohne ein herausforderndes Klassenurteil.** Spurlos ist die Revolution an den Gerichten vorübergegangen. Ja, man kann sogar sagen, daß die Klassenjustiz in der Republik noch krasser und unverhüllter zutage tritt, als unter dem kaiserlichen Regime. Auch damals genossen die Gerichte nicht das Vertrauen des Volkes. Aber es muß den kaiserlichen Gerichten, im Gegensatz zu den republikanischen, zugute gehalten werden, daß sie wenigstens nach außen hin **die Form wahrten.** Ueberblickt man hingegen die Urteile, die nach dem 9. November von den **republikanischen Gerichten** gefällt worden sind, dann ergibt sich die objektive Feststellung, daß die republikanische Justiz teilweise jede Form abgestreift hat und nicht einmal mehr Wert auf die schöne Geste legt. Noch zu keiner Zeit in der Geschichte sind die Angehörigen der Arbeiterklasse so rücksichts**los** verfolgt, so unbarmherzig mit den schwersten Strafen belegt worden, und noch zu keiner Zeit in der Geschichte haben die Angehörigen der besitzenden Klasse oder die in ihrem Dienste stehenden Personen eine so rücksichts**volle** Behandlung vor den Gerichten gefunden, als in der Zeit der bürgerlichen Republik.

Die Ursachen der unverhüllten Klassenjustiz liegen in dem verschärften Klassenkampf. Die Richter sind keine toten Maschinen. Sie leben und wurzeln in den Anschauungen ihrer Klasse und fühlen sich berufen, deren **Vorrechte** gegenüber dem Ansturm der unterdrückten Klasse zu verteidigen. Verschärfend tritt der Umstand hinzu, daß die Mehrzahl der Richter und Staatsanwälte Anhänger des alten Regimes ist, ja sogar, wie der deutschnationale Abgeordnete Dr. **Dreeberg** im Landtag ausführte, auf deutschnationalem Boden stehen. In logischer Folge ihrer Weltanschauung **hassen** sie die Republik und ihre Einrichtungen, müssen sie gegen die Träger, die Schöpfer der Republik einen bitteren Groll hegen, in ihnen die Verderber jener Welt erblicken, die ihnen als höchstes Ideal vorschwebt. Es ist möglich, daß diese Richter und Staatsanwälte sich bei der Beurteilung krimineller Vergehen einer gewissen Objektivität befleißigen. Sofern sie aber **politische Delikte** zu beurteilen haben, wird das Endergebnis immer ein Klassenurteil sein. Denn niemand kann aus seiner Haut heraus, am allerwenigsten ein preußischer Richter der alten Schule.

Das Walten der Klassenjustiz beleuchtete der Redner der rechtssozialistischen Fraktion, Herr **Heilmann,** an einer ganzen Reihe von krassen Beispielen. Die Rechte geriet dabei selbstverständlich aus dem Häuschen. Das Wort „Kappverbrecher“ bringt sie schon allein zum Toben. Aber ihre schönen Reden nützen nichts, sie werden immer von neuem wieder durch Tatsachen, die die Gerichte selbst schaffen, Lügen gestraft. So konnte der Abgeordnete Heilmann die unerhörte Mitteilung machen, daß das **Reichsgericht** die **Aulock-Strolche,** die während des Kapp-Putsches in **Breslau** im Generalkommando eine **Folterkammer** einrichteten, dort unschuldig verhaftete Arbeiter mit Peitschen, Gummiknüppeln, Gewehrkolben dermaßen **schlugen,** daß noch acht Tage später **Blutlachen** auf dem Fußboden zu sehen waren, **amnestiert hat.** Vor dem Breslauer Landgericht waren diese Strolche zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt worden, und in der Urteilsbegründung hieß es ausdrücklich, daß die Amnestie auf derartige Fälle nicht angewendet werden könne, **da es sich um ganz gemeine Roheitsdelikte handle.** Das Reichsgericht, die höchste Spruchkammer des deutschen Reichs, ist anderer Ansicht. Es hat die Amnestie auch auf Banditen ausgedehnt. Damit erübrigt sich eigentlich jede weitere Kritik. Die Amnestierung der Aulock-Strolche kann aber weder ein Ruhmesblatt für die deutsche Justiz werden, noch wird dieser Fall dazu beitragen, das Ansehen des Reichsgerichts im In- und Ausland zu erhöhen. Der Spruch steht im strengen Gegensatz zu den klaren Ausführungsbestimmungen des Amnestiegesetzes, die Rohheitsdelikte und gemeine Verbrechen ausdrücklich von der Amnestierung aus-

Keine Besserung der Lage in Oberschlesien

London, 15. Juni.

Reuter meldet: Die letzten britischen Nachrichten aus Oberschlesien lassen keine Besserung der Lage erkennen. Es sind keine Anzeichen vorhanden, daß die Polen ihr vor einigen Wochen gegebenes Rückzugsversprechen ausführen. Es scheint, daß Korfanty seine Leute nicht mehr in der Hand hat, und daß er seine Befehle nicht durchsetzen kann. Diejenigen alliierten Truppen, deren rückwärtige Verbindungen von dem guten Willen der Insurgenten abhängig geworden sind, sind wieder zurückgenommen worden, da ein solcher Zustand auf die Dauer nicht zugelassen werden konnte.

Drei Tatsachen

Nach einer Information aus englischer Quelle werden **drei Tatsachen** festgestellt, und zwar: 1. Der englische Kommissar Sir Harald **Stuart** arbeitet weiter mit den Franzosen zusammen, um **die neutrale Zone** zu errichten. 2. Das bedeutet, daß die Polen ihr Versprechen durchführen und sich zurückziehen. Korfanty scheint keine besondere Neigung mehr zu haben, über seine Leute zu wachen oder selbst nicht mehr gewillt zu sein, die Anordnungen, die er gegeben hat, durchführen zu lassen.

3. Die alliierten Streitkräfte hätten sich von der Verteidigungslinie zurückgezogen, da die Lage als befriedigend angesehen werde. Man könne nicht Gefahr laufen, daß die alliierten Truppen in eine Situation geraten, die, nur für die Ernährung z. B., sie in Abhängigkeit von dem guten Willen der Insurgenten bringt. Auf diesen Rückzug seien die Gerüchte vom Rücktritt der Interalliierten Kommission zurückzuführen.

Zusammenstöße mit dem deutschen Selbstschutz

EE. Paris, 16. Juni.

Nach einer Meldung der Radioagentur aus Oppeln sind zwischen den Deutschen einerseits und den Franzosen und Engländern andererseits in der Umgebung von Cosel blutige Konflikte ausgebrochen. Hier griffen die Deutschen die Franzosen an, die mehrere Tote und Verwundete hatten. Unweit von Kollarnia töteten die Deutschen einen englischen Sergeanten und einen Soldaten und verwundeten mehrere. Die englischen Truppenabteilungen griffen mehrere Banden des Generals Hoefer an und zerstreuten sie.

Beschlagnahme der Luftschiffe

EE. Paris, 16. Juni.

Der politische Berichterstatter der „Chicago Tribune“ meldet: In der gestrigen **Botschafterkonferenz** wurden wichtige Beschlüsse mit bezug auf das deutsche Luftschiffahrtswesen gefaßt, bei der die alliierten Sachverständigen bisher den Unterschied zwischen deutschen militärischen und Handelsluftschiffen zuließen. Die Botschafterkonferenz entschied, **da Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinsichtlich der Erbauung von Luftschiffen verletzt habe, daß als Strafe alle Luftschiffe beschlagnahmt werden sollen.** Die Botschafterkonferenz benachrichtigte die Interalliierte Kommission, alle deutschen militärischen Luftschiffahrzeuge und 25 Prozent seiner Handelsflugzeuge zu beschlagnahmen, weil Deutschland die einschränkenden Bestimmungen über den Bau von Luftschiffen, wie sie im Friedensvertrag vorgesehen sind, verletzt habe. Auch die übrigen 75 Prozent der Handelsflugzeuge sollen **zeitweilig** mit Beschlag belegt werden, bis Deutschland die Bestimmungen des Friedensvertrages und die aus diesem folgenden Entscheidungen der Alliierten über das Flugwesen erfüllt habe.

Wie der Berichterstatter der „Chicago Tribune“ sagt, sollen nach Erfüllung all dieser Bedingungen, Deutschland **fünfzehn Prozent** seiner Luftfahrzeuge freigegeben werden.

Die Abstimmung der englischen Bergarbeiter

Ueber das Abstimmungsergebnis liegen bisher nur Teilmeldungen vor, die noch keine auch nur annähernde Vermutung über die Entscheidung der englischen Bergleute zulassen. Nach einer Meldung zeigte die Abstimmung in **Süd-Wales** bisher eine **überwältigende Mehrheit für die Ablehnung der Vorschläge** der Bergwerksbesitzer. Auch in **Monmouthshire** sind die Bergarbeiter ungefähr alle für die **Ablehnung** der Vorschläge. Andere Nachrichten melden aus anderen Gebieten das Gegenteil und wollen wissen, daß die **Annahme des Vergleiches** bereits sicher sei. Alle diese Behauptungen beruhen, wie gesagt, auf unzuverlässigen Kombinationen.

Der Metallarbeiterstreik vermieden

London, 15. Juni.

Infolge des Eingreifens des Arbeitsministeriums ist die Gefahr eines Streiks in der Metallindustrie **für den Augenblick beseitigt,** da die Arbeitgeber sich bereiterklärt haben, die Einführung des neuen Lohntarifes bis zum Ende des Monats **aufzuschieben.** Auf Veranlassung der Regierung haben **Verhandlungen** zwischen Arbeitgebern und Arbeitern begonnen.

schließen. Wenn das am grünen Holz geschieht, was soll da am dürren werden? Haß und Empörung über diese Justiz, aber auch tiefe Verachtung muß Millionen von Arbeitern erfüllen, wenn ihnen diese Tatsache bekannt wird.

Die rechtssozialistische Partei mußte, kurz vor Schluß der gestrigen Debatte, noch eine kleine Ohrfeige einstecken. Herr Heilmann hatte darauf hingewiesen, daß sogar der bekannte Staatsanwalt Zumbroich, der während des Kapp-Putsches die Studenten zum Kampf gegen die Republik aufrief, amnestiert worden sei und heute wieder seinen Dienst versehe. Der Justizminister entgegnete, er sei an dieser Amnestierung unschuldig, da ihm der Parteigenosse des Herrn Heilmann, Herr Severing, seinerzeit berichtet habe, die gegen Herrn Zumbroich erhobenen Vorwürfe hätten sich nicht bewahrheitet. So ergab sich auch bei dieser Gelegenheit wieder, daß die Rechtssozialisten die Reaktion in der Justiz direkt und indirekt mit verschuldet haben. Rechtsfragen sind Machtfragen. Und da mit Hilfe der Rechtssozialisten das Bürgertum wieder zu Macht gekommen ist, haben sie auch der reaktionären Justiz Vorschub geleistet.

Für unsere Fraktion wird heute nachmittag Genosse Dr. Cohn das Wort ergreifen.

Die Front der agrarischen Frondeure

Erzberger schlägt man, das Kabinett Wirth meint man

Es wird immer deutlicher, daß die reaktionäre Rechte mit dem agrarisch-reaktionären Flügel des Zentrums im stillen völlig einig ist und Hand in Hand arbeitet. Der Punkt, an dem sich die beiden Strömungen begegnen, ist der Haß gegen Erzberger oder auch, wenn man so sagen darf, gegen die demokratische Richtung im Zentrum. Die „Deutsche Zeitung" kommt in einem schmutzerfüllten Artikel dem rechten Flügel des Zentrums zu Hilfe. Während Dr. Brauer in Stegerwalds Zeitung „Der Deutsche" Erzberger nur den Vorwurf machte, er fördere syndikalistische Ideen, behauptet die „Deutsche Zeitung" glattweg, Erzberger sei — Kommunist. Sie „beweist" das durch allerlei Kühnheiten, unter denen eine Berufung auf Emil Barths Buch „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution" wohl die kühnste ist.

Aber wie die „Deutsche Zeitung" ihre Behauptung „beweist", ist ziemlich nebensächlich. Sicher ist, daß hier ein abgekartetes Spiel getrieben wird. Und wohin die Hetze zielt, wird vor allem daraus deutlich, daß der Artikel der „Deutschen Zeitung" erklärt, Erzberger habe sich in Wirth „materialisiert". Beachtet man daneben die Lobreden, die die agrarisch-reaktionäre Presse täglich Herrn Stegerwald widmet, so erkennt man noch deutlicher, wo die Trennungslinie verläuft und gegen welche Strömungen und politische Tendenzen sich der Kampf der Reaktionäre im Zentrum und auf der äußersten Rechte richtet: Erzberger schlägt man und das Kabinett Wirth meint man. Vor allem fürchtet die Front der schwärzesten Reaktionäre die Wiederkehr Erzbergers, weil sie davon eine Stärkung des linken Zentrumsflügels erwartet. Fraglich erscheint uns jetzt nur, ob die grobschlächtige Art der „Deutschen Zeitung" den Bestrebungen des rechten Zentrums, die sich auf die Beseitigung der Richtung Wirth richten, nicht mehr schädlich als nützlich ist.

Vorn und hinten

Vorn auf der ersten Seite der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" steht ein Leitartikel von Professor (schön ausgeschrieben) Dr. Paul Lensch. Er behandelt ein Thema der auswärtigen Politik, wendet sich scharf gegen England und paßt seiner Tendenz nach ausgezeichnet in das Stinnesblatt.

Hinten ist eine redaktionelle Notiz zu lesen, in der die S. P. D. heftig angegriffen wird, weil sie in einer kleinen Anfrage Beschwerde darüber führt, daß wichtige Zeitschriften, die offiziellen Charakter tragen, wie „Wirtschaft und Statistik" (herausgegeben vom Statistischen Reichsamt) und „Reichsarbeitsblatt" (herausgegeben vom Reichsarbeitsministerium) nicht in der Reichsdruckerei, sondern in Druckereien des Stinnes-konzerns gedruckt werden, so daß die Reichsdruckerei zu verkürzter Arbeitszeit und Entlassungen gezwungen ist.

Da hier der Geldbeutel des Herrn Stinnes in Frage kommt, beginnt die „D. A. Z." zu schimpfen. So etwas sei Parteipolitik, „unberührt von Bürgertugenden", ein durchsichtiges Manöver, geleitet von „parteitendenziösen Absichten". Die Führer der S. P. D., die solches Tun veranlassen, seien „popularitätshungrig". Und so weiter.

Ob das Herrn Lensch nicht stört? Er ist doch Mitglied der S. P. D. Und ob Herr Lensch bei diesem Betrieb auch nie gestört werden wird .....?

Die Interpellation über Gareis

Beschlüsse des Aeltestenrats des Reichstages

Der Aeltestenrat des Reichstages beschäftigte sich Mittwoch abend in ausgedehnter Sitzung mit dem Beratungsmaterial, das für die nächsten Tage in Aussicht genommen ist. Nachdem am Donnerstag das Gesetz über die Getreidebewirtschaftung erledigt sein wird, soll am Freitag die Interpellation der Unabhängigen über den Fall Gareis und am Sonnabend die Interpellation wegen Oberschlesien zur Beratung gelangen. Für den Anfang der nächsten Woche sind das Gesetz über die Förderung des Wohnungsbaues und das Reichsmietengesetz sowie die Interpellation über die Sanktionen im Rheinland in Aussicht genommen. Im Aeltestenrat fand ferner eine Besprechung über einige Aenderungen des Diätengesetzes statt, zu deren Vorberatung eine Unterkommission eingesetzt worden ist. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Frage der Benutzung von Kleinbahnen und Schlafwagen durch die Abgeordneten zur Sprache kommen. Ein Beschluß über den Beginn der großen Sommerpause ist noch nicht gefaßt worden.

Zum Tode des Genossen Gareis

In der Vollversammlung der Freien Lehrergewerkschaft (Ortsgruppe Berlin) vom 11. Juni wurde anläßlich der Ermordung des bayrischen Landtagsabgeordneten Gareis folgende Erklärung angenommen:

„Am 9. Juni ist unser Kollege Genosse Gareis, München, auf dem Heimwege von einer Versammlung, in der er als Referent gegen die Verkirchlichung der Schule aufgetreten war, meuchlings ermordet worden. Diese ruchlose Tat erscheint keineswegs als die Handlung eines fanatisierten Gegners, sondern als bewußtes Ziel der Reaktion, die schon lange auf die Vernichtung dieses unerschrockenen Vorkämpfers für die Befreiung des Volkes namentlich von den gerade in Bayern so zahlreichen Fesseln seiner geistigen Entwicklung hingearbeitet hat. Wohl hat das Proletariat einen seiner mutigsten Kämpfer verloren. Aber die Reaktion und besonders das rückschrittliche Kultusministerium Matt werden sich getäuscht sehen, wenn sie glauben, die Massen des Volkes weiterhin wirtschaftlich und geistig knechten zu können. Der an dem Führer des Volkes begangene Mord wird es zur Erkenntnis der ihm drohenden Gefahren führen und ihm Antrieb zur Beseitigung des Mörder ziehenden Systems und seiner Schergen werden.

Fürsorge für langfristig Erwerbslose

Im Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft wurde Montag zunächst der Bericht an das Plenum festgestellt, das die Verhandlungen des Ausschusses, den Gesetzentwurf über die Verkehrsregelung mit Getreide betreffend zum Gegenstand hat. Außerdem wurden verschiedene Petitionsberichte beraten, nämlich ein Bericht, der die Konjunkturabgabe behandelt, dann ein Bericht, der die Interessenvertretung von Handel und Industrie betrifft, und schließlich ein Bericht über die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Zucker.

Einzelne dieser Petitionen wurden der Reichsregierung als Material resp. zur Berücksichtigung überwiesen. Zur Frage der Fürsorge für die langfristig Erwerbslosen erklärte auf Anfrage des Abg. Brandes (Unabh.) Regierungsrat Dr. Berger vom Reichsarbeitsministerium, daß die erforderlichen Rundschreiben wegen bevorzugter Zulassung der langfristig Erwerbslosen zu den Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge bereits eingeleitet seien und daß auch die Verordnung über die erhöhte Unterstützung in den nächsten Tagen zu erwarten sei. Ferner erklärte Dr. Berger auf eine weitere Anfrage: Bereits jetzt lägen insgesamt 6000 Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge vor, bei denen über 200 000 Erwerbslose durchschnittlich vier bis fünf Monate Arbeit erhalten hätten.

Die neuen Steuerpläne

Das Körperschaftssteuergesetz wird jetzt dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat zugehen, nachdem es am Dienstag im Reichskabinett verabschiedet worden ist. Weitere Steuergesetze werden noch in dieser Woche im Reichskabinett verabschiedet werden. Mit den Länderregierungen haben Besprechungen stattgefunden, die auf die Gestaltung der Entwürfe nicht ohne Einfluß geblieben sind.

In der Steuerfrage konzentrieren sich, wie die Presse mitzuteilen weiß, die Erörterungen zum Teil auf zwei Punkte: 1. die Frage der Umsatzsteuer, 2. die Frage der Besitzsteuern. Gegen die Umsatzsteuer sind von manchen Seiten starke Bedenken wegen der weiteren Belastung des Konsums geltend gemacht worden. Bezüglich der Besitzsteuern bewegen sich die Erwägungen in zwei Richtungen; zunächst betreffen sie die Erweiterung des Reichsnotopfers, weiter handelt es sich um die Erfassung der Goldwerte. Die Entscheidung darüber, in welcher Form diese durchgeführt werden wird, ob durch Erfassung der Substanz oder durch Besteuerung im Wege einer laufenden Vermögenssteuer dürfte in nächster Zeit zu erwarten sein.

Eine Schwergeburt

Der Haushaltsplan eines Staates soll bei einer ordnungsmäßigen Geschäftsführung schon vor Beginn des Etatsjahres abgeschlossen sein. Der Etat für 1921 ist dem Preußischen Landtag aber erst Mitte Mai zugegangen. Es bestand nun die Absicht, den Etat noch vor Beginn der Parlamentsferien unter Dach und Fach zu bringen. Das ist jedoch nicht gelungen. Der Aeltestenrat, der sich gestern mit der Angelegenheit befaßte, hat beschlossen, den Landtag vom 15. Juli ab bis Ende September zu vertagen, da es noch nicht gelingen wird, den Etat vor Beginn der Sommerferien zum Abschluß zu bringen. Um die Arbeiten zu beschleunigen, soll der Hauptausschuß mit der weiteren Beratung des Haushaltes aber bereits Ende August beginnen, damit die Endarbeiten im Plenum sofort nach Zusammentritt des Landtags erledigt werden können. Der Etat für 1921 wird mithin erst Anfang Oktober, also zu einer Zeit, wo eigentlich schon der Etat für 1922 zur Beratung kommen müßte, seine endgültige Fassung bekommen können. Daß unter solchen Umständen eine geregelte Arbeit innerhalb der einzelnen Verwaltungszweige nicht möglich ist, ist wohl einleuchtend. Schließlich kann natürlich auch ein Etat unter solchen Verhältnissen nicht gründlich überprüft werden. Schon jetzt überstürzen sich die Beratungen, und eine sachgemäße Behandlung der verschiedenen Posten ist kaum möglich. Hoffentlich wird nun wenigstens der kommende Etat rechtzeitig genug eingebracht.

Das Gesetz über den Volksentscheid

Der Rechtsausschuß des Reichstages schloß zunächst die zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über den Volksentscheid ab, es wurden wesentlich nur redaktionelle Aenderungen beschlossen. Sodann wurde die Beratung der zweiten Lesung des Gesetzes über religiöse Kindererziehung vorgenommen. Ein Antrag Dr. Radbruch (Soz.), der lautete: „Widerspricht das Verlangen oder die Verweigerung der Zustimmung dem Erziehungsinteresse des Kindes, so kann die Vermittlung und die Entscheidung des Vormunschaftsgerichts beantragt werden", wurde mit 11 gegen 11 Stimmen abgelehnt; dafür stimmten die sozialistischen Parteien und Demokraten. Es blieb bei der Fassung erster Lesung, wonach das Eingreifen des Vormundschaftsrichters wesentlich eingeschränkt ist. Der dahingehende Paragraph lautet in seiner jetzigen Fassung: „Im Falle des Mißbrauchs im Sinne des § 1666 des Bürgerlichen Gesetzbuches bleibt es jedem Teil unbenommen, das Vormundschaftsgericht um Vermittlung oder Entscheidung anzugehen." Nach Abschluß des § 1 wurde die Beratung abgebrochen.

Englische Abordnung nach Rußland. Im Unterhause gab Lloyd George bekannt, daß binnen kurzem eine amtliche Abordnung nach Rußland gesandt werden würde, deren Mitglieder die russische Sprache vollkommen beherrschten und Rußland aus weitläufiger Erfahrung kennten.

Faszistische Gewalttäter. In den Gängen der italienischen Kammer forderten faszistische Abgeordnete gestern den kommunistischen Abgeordneten Misiano auf, den Monte Citorio zu verlassen und verboten ihm, den Sitzungssaal zu betreten. Nach einem lebhaften Zwischenfall verließ Misiano die Kammer.

Ein Bluff der Natur

Von Kopernikulus

„Du hast dich so oft gerühmt, lieber Franz, daß du einen vorzüglichen Detektiv abgeben würdest."

„Ja, weil es gar keine intelligenten unlösbaren Verbrechen gibt, sondern die noch so raffiniert scheinenden immer nur auf einen Bluff hinauslaufen."

„Hm, wie ein Bluff sieht die Sache allerdings beinahe aus."

„Was denn? Bist du einem Verbrechen auf der Spur? Und willst du mich dabei zu Hilfe nehmen? Ich sage dir aber von vornherein: lebensgefährlich darf es nicht sein."

„Nein, lebensgefährlich ist es nicht, und ein Verbrechen ist es auch höchstens an meinen Nerven, indem ich schon einige schlaflose Nächte deswegen gehabt habe. Es ist ein ganz vertrackter Fall."

„Macht mich nicht neugierig. Worum handelt es sich?"

„Um ein Preisrätsel."

„Pah! Das sind ja immer Kinderspiele, und nichts dabei zu gewinnen."

„Doch, sechzig Flaschen Champagner . . ."

„Was?!"

„. . . . gewannen die Bewerber, — ohne das Rätsel zu lösen."

„Da mach' ich mit."

„Ach, lieber Franz, die sechzig Flaschen sind leider schon vor mehr als hundert Jahren geleert worden, und das Rätsel ist noch bis auf den heutigen Tag ungelöst, und wer weiß, wieviel schlaflose Nächte ich noch haben werde, wenn du es mir nicht herauskriegst. Apotheker und Aerzte habe ich schon gefragt; aber auch sie haben mir's nicht lösen können."

„Wieso sollten es denn gerade Apotheker und Aerzte lösen können, hälst du diese Leute für besonders klug?"

„Keineswegs. Aber . . ."

„Und überhaupt solch ein Unsinn: ein vor hundert Jahren ausgeschriebenes Preisrätsel, das bis heute noch nicht gelöst sein soll. Die Redaktion muß doch von vornherein die Lösung kennen."

„Kellner, zwei Bier! — So. Und nun höre zu. Kennst du Kopisch?"

„Dichter, was?"

„Ja, von ihm stammt das Preisrätsel. Also:

Ein großer Monarche guckt einst in den Pokal:
Ihr hochstudierten Heren, nun saget mir einmal,
woher es arrivieret,
daß, wenn der Wein moussieret,
die Perle stets vom Grund aufsteigt,
nie in der Mitten sich erzeugt.
Erklärt mir das Mirakul,
besiegt mir die Obstakul,
die der gelehrten Welt
Natura hingestellt. —

Nun, lieber Franz?"

„Ja, der Mann hat recht, die Perlen steigen auf wie aus dem Glasboden. Räselhaft. Merkwürdig."

„Siehst du. Sie lösten das Rätsel nicht, die gelehrten Schächer. Sie benützten schnöderweise die Gelegenheit, sich an fürstlichem Sekt vollzusaufen, und wenn der Herr Monarch ihnen auch den ganzen Keller geopfert hätte, sie hätten es doch nicht herausbekommen. Aber auch sein Wissensdurst war nicht so groß wie sein Weindurst, und so zog er es vor, auf die Lösung zu verzichten."

„Die Sache muß doch sehr einfach sein."

„Sicher; denn die Natur hat feste Gesetze. Diese Perlen, die da in unsern Gläsern vom Boden zur Oberfläche steigen, sind Kohlensäure. Warum steigt sie hoch?"

„Weil sie leichter als das Bier ist."

„Ja. So dachte ich auch. Aber warum schwimmt sie da nicht von vornherein oben und verpufft, sobald man die Flasche öffnet? Nun bitte, mein lieber Sherlok Holmes."

„Ja, Sherlok Holmes hätte es ganz sicher herausgekriegt."

„Auf welche Weise?"

„Durch — Schlußfolgerung."

„Bitte."

„Aus dem Glase kann die Kohlensäure nicht kommen."

„Nein, allerdings nicht."

„Sie steigt von unten nach oben."

„Das wissen wir schon. Also?"

„Also liegt sie unten."

„Mach keine Witze."

„Erlaube mal. Sie liegt doch unzweifelhaft unten. Aber warum liegt sie unten?"

„Hahaha! Vielleicht, weil sie leichter als das Bier ist, — wie wir soeben festgestellt haben?"

„Nein, sie muß schwerer sein."

„Haha! Und warum steigt sie hoch?"

„Weil sie leichter ist."

„Das ist doch ein Widerspruch. Ein Unsinn."

„Vielleicht auch nur ein — Bluff."

„Sie besinnt sich wohl?"

„Es scheint so."

„Und will uns uzen?"

„Vielleicht. Die Kohlensäure, welche unten liegt, ist jedenfalls schwerer als das Bier, und die, welche aufsteigt, ist leichter als die Flüssigkeit."

„Aber es ist doch ein und dieselbe Kohlensäure, muß doch dieselbe sein. Denn wenn es zwei Sorten wären, läge die eine unten, und die andere schwömme oben."

„Oder eine dritte Möglichkeit. Die einzige sogar."

„? ?"

„Sie verändert sich eben."

„Aus welchem Grunde?"

„Der muß eben erforscht werden."

„Durch Schlußfolgerung."

„Lach' nicht. Ganz sicher.

Was gibst du aus, wenn ich es herauskriege? Eine Pulle Sekt? Aha, du zögerst? Bedenke, daß eigentlich sechzig Flaschen darauf ausgesetzt waren. Also?"

„Gut! Hier meine Hand. Das Risiko scheint mir klein. Denn mehr als ein Apotheker wirst du auch nicht von Chemie verstehen. Hahahaha!"

„Wer zuletzt lacht . . . ."

„Bitte Schlußfolgerung."

„Woraus bestehen die hochsteigenden Perlen?"

„Aus Kohlensäure, wie wir feststellten."

„Was ist das für ein Stoff?"

„Ein Gas."

„Also steigen Gasbläschen hoch."

„Wie intelligent! Oh!"

„Unten liegt doch aber keine Gasblase."

„Unten liegt gar nichts."

„Oho, unten liegt doch die Kohlensäure, wie wir schon einmal bemerkten. Aber keine gasförmige."

„Sondern?"

„Flüssig."

„Flüssig?"

„Ja natürlich. Die Kohlensäure wird doch in flüssigem Zustande in das Bier gepumpt."

„Und wie macht man sie flüssig?"

„Durch Druck."

„Hier ist kein Druck."

„Im Glase nicht mehr. Deshalb vergast sie ja eben. Aber in der Flasche oder im Faß steht sie noch unter starkem Druck; denn sie ist dort gewaltsam hineingepreßt worden. In der Flasche ist sie noch flüssig. Sobald aber die Flasche geöffnet ist, hört der Druck auf, und die Kohlensäure vergast."

„Warum verfliegt sie da nicht beim Eingießen?"

„Das ist mir schon klar. Hast du einmal festgestellt, wie schwer so eine mit flüssiger Kohlensäure gefüllte Eisenbombe ist? Das Gewicht kommt nicht nur vom Eisen. Sondern offenbar ist das spezifische Gewicht der flüssigen Kohlensäure sehr groß. Und darin liegt das ganze Geheimnis. Beim Eingießen nämlich fällt die Kohlensäure auf den Grund des Glases und vergast allmählich, wie du an dem Perlen siehst. Nur durch den Zufall, daß die flüssige Kohlensäure schwerer als Wasser ist, wird dies allerliebste Phänomen des Moussierens möglich, wie wir nur durch den Umstand, daß das gefrorene Wasser leichter ist als das von 1 bis 4 Grad, das köstliche Vergnügen des Schlittschuhlaufens haben. Und hier im Bierglase blufft uns die Natur."

„Und das sollten die gelehrten Zecher nicht gewußt haben?"

„Ach, sie wußten es vielleicht, aber der fürstliche Champagner schmeckte nach mehr. — Kellner! Eine Flasche Sekt! Mein Freund bezahlt."

Die „Sympathie“ der Sympathisierenden

Zetkin, Däumig sind halb zurechnungsfähig

Der Zentralausschuß der K. A. P. D. beschäftigte sich nach einem Bericht in Nummer 203 der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ in einer Sitzung mit dem dritten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. In diesem Bericht heißt es: „Von dem dritten Weltkongreß der dritten Internationale haben wir wohl kaum eine Aenderung der **bisherigen opportunistischen und unhistorischen Taktik der dritten Internationale** zu erwarten, im Gegenteil, in Anbetracht der Tatsache, daß das E.-K. sämtliche zentristische Gruppen, wie die italienische Partei unter Serrati und die Gruppen Levis zum Kongreß eingeladen hat, haben wir eher noch eine **Reaktion des Kongresses nach „rechts“ zu gewärtigen.** Die K. A. P. D. wird durch ihre Delegierten auf die Gefahren der 21 Punkte für den Sieg der Weltrevolution hinweisen und von den Beschlüssen des Kongresses ihre weitere Zugehörigkeit zur dritten Internationale abhängig machen. **Von ihrem Programm jedenfalls wird sie keinen Deut opfern, sondern sofort, wenn dieses verlangt wird, die Folgerungen ziehen.“**

Nach Erledigung der Tagesordnung wurden auf einstimmigen Beschluß der Delegierten an den Moskauer Kongreß zwei Telegramme geschickt. In dem erſten wird nur die Taktik als den Interessen des Weltproletariats dienend bezeichnend, die die **Zertrümmerung der konterrevolutionären Gewerkschaften, den Aufbau der Betriebsorganisationen** (Unionen) verlangt und aktiv jede **Art parlamentarischer Politik** bekämpft.

In dem zweiten Telegramm wird den Delegierten der K. A. P. D. in Moskau die Weisung erteilt, daß

1. die Zugehörigkeit der K. A. P. D. zur dritten Internationale (sympathisierend oder vollberechtigt) abhängig bleibt von der Unantastbarkeit des Programms;
2. in der Frage der Verschmelzung mit der V. K. P. D. jedes Ultimatum abzulehnen ist;
3. die Delegierten die Vollmacht erhalten, unter Umständen den sofortigen Austritt aus der dritten Internationale zu erklären.

Also eine neue Spaltung in der großen „Weltinternationale“. Trotzdem feiert Sinowjew in der „Roten Fahne“ rückblickend die „Siege“ des letzten Jahres. Er weiß aber keinen anderen zu nennen als „eine Reihe glänzender Siege über die reformistischen und halbreformistischen Elemente“ und „sehr ernsthafte Erfolge im Kampfe gegen die gelbe Internationale der Gewerkschaften.“ Den „Sieg“ im Märzputsch aber vergißt er wohl nicht ganz unabsichtlich!

Im übrigen sucht Sinowjew die „Leviten“ in der kommunistischen Partei von Levi zu trennen, um damit eine neue Spaltung, die die ohnmächtige V. K. P. D. ganz auflösen würde, zu vermeiden. Wahrscheinlich wird er damit Erfolg haben, denn das Verhalten dieser „Helden“ bestand ja bisher bereits in der Lossagung von Levi für den Preis der Beibehaltung ihrer parlamentarischen Mandate. Der Gegensatz zwischen der dritten Internationale und Levi ist, nach Sinowjew, nur ein „rein persönlicher“ Gegensatz. Alles andere sind die bekannten großen Mißverständnisse. So schreibt er:

> Gemeinsam mit dem Genossen Levi schied aus dem Bestande des Zentralkomitees der Vereinigten Kommunistischen Partei die Genossin Clara Zetkin aus. Wir sind fest überzeugt, daß ihr Austritt sich in der Tat **durch ein Mißverständnis** erklären läßt. Bei jeder neuen politischen Umgruppierung sind anfangs **zufällige Austritte und Anschlüsse** nach dieser oder jener Richtung unvermeidlich. Wir hoffen, daß auch der Austritt der Genossin eine solche Episode ist. Wir wollen hoffen, daß sich dies ebenso mit dem Genossen Däumig und den anderen Genossen verhält, die gemeinsam mit Levi aus den Reihen des Zentralkomitees der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands ausgetreten sind.

Ob die Einschätzung mit einer nur halben Zurechnungsfähigkeit von Clara Zetkin, Däumig und den anderen Leviten richtig ist, kann man getrost ihnen selber überlassen. Sinowjews Hoffnung, daß sie weiter in der Moskauer Kirche bleiben wollen, auch um den Preis der Opferung ihrer Selbstachtung und ihrer Meinung, erscheint durch ihr bisheriges Verhalten nicht unbegründet.

Ein echter deutscher Richter

Beim Prozeß gegen den Studenten Ramdohr hatte der Reichsanwalt in seinem Plädoyer unter anderem gesagt, daß die Verfolgung der Kriegsdelikte nicht auf Befehl der Entente geschehe, sondern auf Grund der deutschen Gesetzgebung und daß es dem deutschen Rechtsempfinden entspreche, daß strafbare Handlungen auch zur Bestrafung gezogen würden. Diese Erklärung hat den Zorn des deutschen Amtsgerichtsrats Kleemann derart erregt, daß er in der „Täglichen Rundschau“ einen langen Artikel gegen die Auffassung des Reichsanwalts veröffentlicht. „Unrichtig ist seine (des Reichsanwalts) Behauptung: es entspreche dem deutschen Rechtsempfinden, daß strafbare Handlungen auch zur Bestrafung gezogen werden“, tobt der Amtsgerichtsrat. „Was heißt, um überhaupt eine Grundlage für die Erörterung zu schaffen, deutsches Rechtsempfinden? Doch wohl: Rechtsempfinden des deutschen Volkes, d. h. der überwiegenden Mehrheit der deutschen Volksgenossen. Denn abweichende Empfindungen einzelner oder politisch mehr in die Gefühle der Feinde eingestellter Gruppen „deutscher“ Volksgenossen können doch wohl nicht den Ausschlag geben.“

Da haben wir denn den richtigen deutschen Richter, der ohne Ansehen der Person urteilt. Wenn ein nationaler Schuft oder Massenmörder vor den Richtern steht, ist er freizusprechen, wenn es das „deutsche Volksempfinden“ verlangt. Kommt aber umgekehrt ein Arbeiter vor die Schranken des Gerichts, so muß er nach dem gleichen „deutschen Rechtsempfinden“ verurteilt werden. Und Kleemanns Auffassung steht nicht vereinzelt da, sondern sie entspricht jener der übergroßen Mehrheit der deutschen Richter. Deshalb aber gerade ist die deutsche Rechtspflege so unübertrefflich und unnachahmlich.

Waffenschieber

Demnächst werden sich vor dem Berliner Landgericht I Geheimer Hofrat Hähn, Rittmeister a. D. v. Holly, Oberleutnant a. D. Karl Teetz, Hauptmann a. D. v. Unruh, Bankbeamter Robert Blaudow, Margarinefabrikant Peter Mohr **wegen riesenhafter Schiebergeschäfte in Waffen** zu verantworten haben. Auch ein Erbprinz Hohenlohe war daran beteiligt. Er hat es aber vorgezogen, zur rechten Zeit **das Weite zu suchen.** Die Angeklagten werden beschuldigt, Millionen von Infanteriegewehren ausländischen Staaten zum Verkaufe angeboten zu haben. Ein Angebot umfaßte nach der Anklage **fünf Millionen Infanteriegewehre mit je 200 Schuß Munition, zum Preise von 310 M. für das Gewehr.** Ein zweites Angebot betraf die Lieferung **von neun Millionen Gewehren** an südamerikanische Staaten und russische Teilstaaten. Hofrat Hähn beanspruchte aus dem Erlös des „Geschäfts“ für sich und seine Hintermänner rund zehn Millionen Mark. Eine eigenartige Tätigkeit entfaltete hierbei auch der Legationsrat a. D. Freihert v. Gebsattel, der sich als Treuhänder des Deutschen Reiches ausgab und versprach, die Ausfuhrgenehmigungen zu beschaffen.

Auf die Aburteilung dieser braven Geschäftemacher darf man gespannt sein. Diese Waffenschieber riechen weder nach Sozialismus, noch nach Kommunismus oder Judentum. Es sind alles erlauchte Herrschaften, und ganz bestimmt sind sie sehr patriotisch. Womit nur wieder einmal bewiesen wäre, wie gut sich Patriotismus und Schiebertum untereinander vertragen. Daß das Gericht die „hohen“ Angeklagten mit der ganzen Schwere des Gesetzes treffen wird, so wie das bei gleichen Vergehen bei Arbeitern geschieht, muß man nach allen Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit füglich bezweifeln. Die Verbrecher aus den höheren Gesellschaftskreisen, die sich, entsprechend ihrer gesellschaftlichen Stellung, nicht mit Kleinigkeiten abgeben — es handelt sich um Werte von mehreren hundert Millionen Mark —, haben immer mildernde Umstände, als da sind: Nerven, erbliche Belastung u. a. Und für sie und ihre Eigenart hat man volles Verständnis. Der einfache Arbeiter wird rein geschäftsmäßig erledigt.

Neue Zuchthausurteile

TU. Halle a. S., 16. Juni.

Das Sondergericht in Halle verhandelte gegen die **Hauptführer der Mansfelder Bankräuber,** die dort während des mitteldeutschen Aufruhrs Spar- und Postkassen plünderten und insbesondere 300 000 Mark erbeuteten. Der Tischler Grüneberg und der Bergmann Müller aus Mansfeld wurden zu **neun, bzw. zehn Jahren Zuchthaus,** zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Müller ist derselbe, der als Vorsitzender des Vollzugsrates im Ruhrgebiet im Vorjahre von der Duisburger Reichsbank eine Million Mark für die Rote Armee erpreßt hatte.

Die deutschen Zahlungen

Paris, 15. Juni.

Der Reparationsausschuß teilt in einer offiziellen Verlautbarung mit, daß die deutsche Regierung zu der im Londoner Abkommen vorgesehenen Frist vom 1. Juli eine **Gesamtschuldverschreibung über zwölf Milliarden Goldmark** übergeben werde, eine Entscheidung, die im Einvernehmen mit den Deutschen getroffen worden sei. — Hierzu bemerkt der „Temps“, daß diese Schuldverschreibung, die ein Anerkenntnis des ersten Teiles der deutschen Schuld darstelle, später in einer gewissen Anzahl von Obligationen nach Uebereinkunft der alliierten Mächte eingeteilt werden soll. Dieser Teil der Schuld soll fünf Prozent Zinsen tragen und mit ein Prozent amortisiert werden.

In der erwähnten Verlautbarung teilt der Reparationsausschuß ferner mit, er habe in der **Angelegenheit der deutschen Holzlieferungen** die deutsche Regierung daran erinnert, daß er eine strenge Innehaltung der vorgeschriebenen Fristen erwarte. Die Fristen erstreckten sich vom 28. Mai bis 28. September 1921. Im Laufe dieses Zeitabschnittes seien 960 000 Kubikmeter Holz zu liefern, die unter Frankreich, Italien und Belgien verteilt werden.

Die Finanzlage Frankreichs

2½ Milliarden Defizit

Paris, 15. Juni.

Finanzminister Doumer erläuterte heute nachmittag bei der Finanzdebatte der Kammer die Finanzlage Frankreichs. Nach seiner Ansicht könnten die Ausgaben für das neue Budget von 26 Milliarden in diesem Jahre auf 23 Milliarden herabgesetzt werden. Die Normaleinnahmen würden sich auf 17½ Milliarden belaufen. Für diese Normaleinnahmen käme noch eine Vermehrung der Zolleinnahmen um eine Milliarde und das Ergebnis der Abgaben von Kriegsgewinnen im etwaigen Betrage von zwei Milliarden in Betracht. Er hoffe deshalb, mit einem **Defizit von 2½ Milliarden** durchkommen zu können. Vorgesehen sei eine Erhöhung der Einkommensteuer und der Ersatzsteuer. Schließlich erklärte der Minister Doumer, daß die Demobilisierungskosten der Jahresklasse 1919 in Prioritäten von Deutschland vor jeder Verteilung der Zahlungen an die Alliierten auf Reparationskonto bezahlt werden müßten.

Kriegsgefangenenheimkehr aus Kaukasien. Der Dampfer „Wigbert“, der als erster Dampfer zur Abholung der in Ziskaukasien, das ist das Terek-, Don- und Kuban-Gebiet, befindlichen Gefangenen nach Noworossisk gefahren war, ist am 13. Juni mit 1489 Heimkehrenden aller Nationalitäten, darunter 183 Reichsdeutschen, in Triest eingetroffen. Die reichsdeutschen Heimkehrenden werden dem Lager Lechfeld in Bayern zwecks Entlassung in die Heimat zugeleitet. Der Dampfer „Wigbert“ kehrt nach Noworossisk zurück, um weitere Heimkehrende abzuholen. Die Zusammenziehung der Heimkehrenden in Noworossisk wird nur langsam von statten gehen, da die Lebensmittellage und die Unterkunftsfrage in Noworossisk gewissen Schwierigkeiten begegnet.

Groß-Berlin

Die Orgesch in der Provinz Brandenburg

Zu welcher Gefahr die Orgesch wird, dürfte aus nachstehenden Zeilen, welche wir der „Spand. Ztg.“ entnehmen, zu ersehen sein:

> Eine seltsame Obstzüchterversammlung. Unter der Bezeichnung einer Obstzüchterbesprechung wurden die Deutschnationalen von Bornim und Bornstedt aufgefordert, an einer Versammlung teilzunehmen. Diese „Obstzüchterversammlung“ führte zur Gründung einer Ortsgruppe der Escherich-Organisation. Der Kreisleiter, Major v. Jena, erklärte es als eine Schande, „daß Männer wie der Reichskanzler Wirth und Rathenau uns regierten“. Jena bezeichnete die bayerischen Verhältnisse als vorbildlich. Die Escherich-Organisation sei schon im Einverständnis des Kreises Westhavelland, Priegnitz und Neuruppin. Auch mit der Reichswehr und der Schutzpolizei sei eine Verständigung erzielt, um im Ernstfalle gemeinsam mit vorzugehen. Sitz der Organisation ist Ketzberg bei Nauen.

In ganz offener Weise geben hier die Deutschnationalen ihre Absicht kund, sie unterwühlen vollständig die Reichswehr und die Schutzpolizei, ohne daß ihnen ein Haar gekrümmt wird. Die bayerischen Verhältnisse werden von ihnen als vorbildlich hingestellt, das dürfte der beste Beweis sein, wohin der Weg geht.

An der Arbeiterschaft liegt es, diese Herrschaften sich genau anzusehen. Vor allem kommt es aber darauf an, sich von diesen Hochverrätern nicht provozieren zu lassen, sondern kalten Blutes den Dingen ins Auge zu schauen. Wir sehen das illegale Arbeiten der Deutschnationalen, deshalb verlangen wir von der Reichsregierung, daß sie in ganz ernsthafter Weise eingreift. Tausende von Arbeitern, durch den kommunistischen Irrwahn verführt, sind zu langen Strafen verurteilt, die Kapp-Verbrecher laufen noch frei herum, kein Haar ist ihnen gekrümmt, und immer neue Hochverräter entstehen aus der Gesellschaft, zum Schaden des deutschen Volkes. Aber mögen sie rüsten und organisieren, eine Warnung richten wir an die Reaktion: An der Geschlossenheit des Proletariats im Kampfe gegen die Reaktion sollen sie sich die Zähne ausbeißen.

Ausschaltung der Betriebsräte

Die Städtische Verkehrsdeputation hatte in ihrer Sitzung am vorigen Freitag unter Hinzuziehung des Betriebsrates der Straßenbahn die Frage einer Einschränkung der Zahl der Straßenbahnangestellten beraten und die weitere Verhandlung auf gestern vertagt und zwar mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß zu dieser neuen Beratung der Betriebsrat nicht hinzugezogen werden solle. Trotzdem nahmen gestern zwei Vertreter des Betriebsrates an der Sitzung der Verkehrsdeputation teil. Hiergegen wurde von Vertretern aller bürgerlichen Fraktionen Einspruch erhoben, so daß der Vorsitzende Bürgermeister Ritter den Betriebsrat ersuchte, den Sitzungssaal zu verlassen. Da der Betriebsrat sich weigerte und lediglich die Erklärung abgab, daß er nur der rohen Gewalt weiche, verließen die Mitglieder aller bürgerlichen Stadtverordnetenfraktionen die Sitzung, die der Vorsitzende darauf wegen Beschlußunfähigkeit aufheben mußte. —

Dieser Vorfall wird in der Stadtverordnetenversammlung bei der Beratung über die grundsätzliche Regelung der Frage, ob und

---

Ein Riesenkörper im Himmelsraum. Das Vorhandensein eines unbegreiflich großen Gegenstandes im Himmelsraum ist von einem holländischen Gelehrten, Dr. A. Pannekoek, nachgewiesen worden. Seine Masse ist nach den Berechnungen des Holländers 20 000 Millionen Mal größer als die Sonne. Dieser Himmelsriese wird als eine „Gas- oder Staubwolke“ beschrieben. Der Direktor der Greenwicher Sternwarte, Crommelin, der sich mit dieser Entdeckung in der „Nature“ beschäftigt, glaubt, daß dadurch unsere ganze Anschauung von den Kräften des Sternensystems verändert wird. Nach Pannekoeks Schätzungen ist dieser gewaltige dunkle Körper 140 000 000 000 000 englische Meilen lang und das Doppelte dieser Entfernung vom Sonnensystem entfernt. Er liegt in der Konstellation des Stieres und zeigt sich als eine dunkle Fläche rechts vom Gürtel des Orion. Während der Entdecker dieses riesigen Körpers der Ansicht ist, daß es sich um eine ungeheure Wolke von dunklem Gas handelt, deren Masse größer ist als die von manchen Astronomen bisher angenommene Masse des ganzen Universums überhaupt, vertritt ein anderer Gelehrter, Professor de Sitter die Anschauung, daß der Körper aus Staub besteht, in welchem Falle die Masse viel geringer wäre. Von der Erde aus gesehen, umfaßt dieser dunkle Körper ein Drittel einer Linie, die vom Polarstern bis zum Horizont gezogen werden kann.

Statistik der Berliner Museumsbesucher. Die Debatte um das Eintrittsgeld in den Berliner Museen hat jetzt auch Anlaß gegeben, eine statistische Erhebung über den Besuch der einzelnen Sammlungen alter und neuer Kunst aufzustellen. Der Monatsdurchschnitt in den Museen älterer Kunst (außer Nationalgalerie und Kronprinzenpalais) beträgt danach rund 50 000, davon sind jetzt nach Einführung des Eintrittsgeldes an drei Wochentagen 24 Prozent zahlende Besucher. An den Führungen in den Sammlungen nehmen 12 Prozent der gesamten Besucher teil. Die Gesamteinnahme beläuft sich hier durchschnittlich auf 30 000 Mark monatlich, in den Museen der Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts außerdem auf 10 000 Mark. An dem zahlfreien Sonntage ist am stärksten besucht das Zeughaus mit 3000 Besuchern, es folgen die Antikensammlungen mit 1000, das Kaiser-Friedrich-Museum mit 600, das Völkerkundemuseum mit 350 Besuchern im Durchschnitt. An den zahlfreien Wochentagen besteht ungefähr das gleiche Verhältnis der Besucherzahl unter den verschiedenen Sammlungen: 1200 im Zeughaus, 500 in Antiken-, 400 im Kaiser-Friedrich-Museum, 300 im Völkerkundemuseum. An den Eintrittsgeldtagen wird das Zeughaus von 350, das Antiken-Museum von 250, das Kaiser-Friedrich-Museum von 150 bezahlenden Besuchern frequentiert, an den Fünfmarktagen, den Reinigungstagen, hat dagegen das Kaiser-Friedrich-Museum die meisten Besucher: 120, es folgen das Zeughaus mit 85, das Antiken-Museum mit 75, das Völkerkundemuseum mit 40 Besuchern. Die Nationalgalerie hat an ihren Zahltagen in dem alten Hause durchschnittlich 80, im Kronprinzenpalais 160 Gäste, an den Fünfmarktagen im alten Hause 60, im neuen 85. Die Einnahmen in diesen beiden Sammlungen stellen sich um rund 5000 Mark monatlich höher als in der Zeit, wo nur eine Mark Eintrittsgeld erhoben wurde.

Sommer im Deutschen Künstler-Theater. Daß der Sommer eingezogen ist, merkt man, nach der Zuschrift eines Lesers, am deutlichsten im Deutschen Künstler-Theater. Die Vorstellung am Sonntag begann mit einer ¼ Stunde Verspätung. Eine Garderobenfrau im ganzen Rang versuchte dem starken Andrang gerecht zu werden. Ein Schließer hatte den ganzen Rang, also links und rechts, Seite und Mitte zu bedienen, (was sonst vier taten). Durch energisches Klopfen suchten die Besucher zu ihren Plätzen zu gelangen, und der Schließer mußte immer erst wieder von der entgegengesetzten Seite geholt werden. Theaterzettel existierten überhaupt nicht, oder, Pardon, nur die ersten Besucher waren so glücklich, einen erhaschen zu können. Kurzgesagt, der technische Eindruck war jämmerlich.

Hamburger Arbeitertheater. Im Hamburger Gewerkschaftshaus brachten Mittwoch die ausständigen Schauspieler des Altonaer Stadttheaters unter der Regie Dr. Arnold Czempins, des ehemaligen Berliner Bezirksobmanns der Bühnengenossenschaft, das revolutionäre Schauspiel „Freiheit“ von Herbert Cranz, das im Dezember 1919 das Proletarische Theater in der Philharmonie erstmalig herausbrachte, zur ersten Aufführung. Nach einer Ansprache Czempins ging das Stück vor überfülltem Saale in Szene. Der Beifall war stürmisch.

Die Wiederentdeckung eines Molièreschen Stücks. Eine interessante literarische Ausgrabung bedeutete eine Vorstellung, die kürzlich Mitglieder eines französischen Liebhabertheaters in Paris veranstalteten. Es handelte sich um eine Aufführung der „Princesse d'Elide“ von Molière mit der Begleitmusik, den Chören und Liedereinlagen Lullys. Diese „Princesse d'Elide“, die nur wenigen Kennern bekannt ist, wurde von Molière in wenigen Tagen für eine Soiree am Hofe Ludwigs XIV. verfaßt. Lullys hatte es übernommen, das Gelegenheitsstückchen musikalisch zu illustrieren. Die „Prinzessin d'Elide“, die beim Lesen keinen sonderlichen Eindruck macht, erwies sich bei ihrem Erscheinen auf der Bühne als ein kurzweiliges Theaterstück, das von Phantasie und guter Laune sprudelt und an drolligen Episoden Ueberfluß hat.

Telephonische Fingerabdrücke. Der Apparat, den der französische Professor Belin für die Uebermittlung von Photographien auf drahtlosem Wege erfunden hat, soll jetzt in den Dienst der Kriminalistik gestellt werden. Der Leiter der italienischen Schule für wissenschaftliche Kriminalistik, Prof. Ottolenghi, beabsichtigt, den Apparat für die Uebermittlung von Fingerabdrücken zu verwerten. Wenn also eine verdächtige Persönlichkeit in Paris verhaftet wird, so wird es möglich sein, seine Fingerabdrücke nach London, Berlin und Rom zu telegraphieren und die Polizeibehörden dieser Städte anzufragen, ob die Fingerabdrücke sich dort mit denen einer bestimmten Persönlichkeit identifizieren lassen.

Tages-Notizen

Volkshochschule Groß-Berlin. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, findet in der Aula Weinmeisterstr. 15 die letzte Kunstveranstaltung der laufenden Lehrperiode statt. Gisela Springer wird romantische Klaviermusik (Mendelssohn, Schumann, Chopin, Weber, Schubert) zu Gehör bringen. Karten zu 1 M. sind im Bureau, Georgenstr. 34-36, an allen Arbeitsstätten und an der Kasse vor Beginn erhältlich.

Volksbühne. Die Sommerspielzeit der Volksbühne beginnt am 1. Juli. Als erstes Stück gelangt „Der Kaiserjäger“, Lustspiel von Ostwald und Brennert in drei Akten, zur Aufführung. Regie: Hans Feltz.

inwieweit die Betriebsräte an den städtischen Deputationssitzungen teilnehmen sollen, ein Nachspiel erleben. Die bürgerlichen Parteien treiben ein ganz eigenartiges Spiel, die Mitarbeit der Betriebsräte ist ihnen ein Dorn im Auge, weil diese, von praktischer Erfahrung geleitet, sehr oft den rein theoretischen Darlegungen der Direktion entgegentreten. Schließlich glauben die Bürgerlichen immer wieder sich auf die Städteordnung berufen zu müssen. Diese ist doch so veraltet, daß sie nur in ganz ungebundener Form noch als maßgebend herangezogen **werden kann.**

Parade vor einem Hohenzollernprinzen

In Spandau fand auf dem Kasernengrundstück am Askanierring die Feier des 100jährigen Bestehens irgendeines Regiments statt, das längst nicht mehr existiert. Verbunden war die Feier mit Festgottesdienst, den üblichen Ansprachen und schließlich dem unvermeidlichen Parademarsch. Auch durfte dabei natürlich der jetzt übliche Hohenzollernprinz nicht fehlen, und so war denn auch der bekannte Eitel Schieberich in Spandau, um den Parademarsch abzunehmen. Hinterher war dann Festessen mit der üblichen Bimboriummusik.

Wir fragen, was gedenkt das Reichswehrministerium, was gedenkt der Orgeschminister Koch zu tun, um diese militärischen und monarchistischen Spielereien zu unterbinden. Weiter interessiert uns bei der Angelegenheit, zu wissen, wer trägt die Kosten dieser Spielereien. Sind weiter die Kasernenhöfe nicht anderen Zwecken dienstbar zu machen?

Es ist weiter Pflicht der Reichsregierung, dieses schändliche Treiben einmal zu verbieten und die Teilnehmer, mit Eitel Schieberich an der Spitze, unter Anklage des Hochverrats zu stellen.

Zur Erhöhung der Angestelltenversicherungsgrenze

Die bürgerlichen Blätter stimmen gelegentlich der durch den Reichsrat beschlossenen Erweiterung der Angestelltenversicherungsgrenze Klagelieder an. Sie spielen sich als Schützer der Angestellten auf, die über 15 000 M. Gehalt beziehen, und die bisher von der Angestelltenversicherung befreit waren. Wir können es von unserem Standpunkt aus nur begrüßen, daß auch die Schichten der Angestellten, die bis 28 000 M. Einkommen haben, in die Angestelltenversicherung mit einbezogen werden. Denn diese, wenn auch nicht gutbesoldeten, dennoch zum Teil bessergestellten Leute geben der Versicherung eine viel gesündere Basis, als es die niedrigstbezahlten Angestellten tun können. Bei dieser Gelegenheit täuschen die bürgerlichen Blätter den Angestellten vor, daß sie den vollen Betrag von ihrem Gehalt zu zahlen hätten. Es wird verschwiegen, daß die Hälfte dieses Beitrages der Unternehmer zu tragen hat.

Die privaten Lebensversicherungsgesellschaften scheuen sich seit Monaten nicht, unter Angabe falscher Beitragssätze und anderer irriger Behauptungen eine Propaganda unter den Angestellten zu entfalten, um diese zum Abschluß einer Lebensversicherung zu bewegen. Zu ihrem eigenen Schaden haben sich viele Angestellte durch diese Propaganda zu Versicherungsabschlüssen bewegen lassen und sind den dringenden Warnungen der freigewerkschaftlichen Angestelltenpresse nicht gefolgt.

Wir können deshalb noch einmal unsere warnende Stimme erheben. Noch ist nicht zweifelsfrei, ob die Novelle zur Angestelltenversicherung überhaupt eine Befreiung von der eigenen Beitragsleistung vorsehen und in welchem Umfange sie gewährt werden wird. Deshalb ersuchen wir alle freigewerkschaftlich organisierten Angestellten, sich vor Abschluß einer Lebensversicherung erst mit der Rechnungsstelle Berlin der „Volksfürsorge“, Engelufer 18 pt. (Bureaustunden von 8—4 Uhr, Dienstags bis 7 Uhr und Sonnabends bis 1 Uhr) in Verbindung zu setzen. Hier wird allen Angestellten kostenlos sachgemäße Auskunft erteilt. Die „Volksfürsorge“ ist, wie bekannt, die von der freiorganisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene Versicherungsgesellschaft.

Raubmord in der Borsigstraße

Im Hause Borsigstraße 21 wurde am Mittwoch in später Nachtstunde der frühere Oberpostassistent Hugo Splettstößer ermordet aufgefunden. Sämtliche Schränke und Behältnisse seines Zimmers waren durchwühlt, so daß allem Anschein nach ein Raubmord vorliegt.

Der Oberpostassistent, der schon seit längerer Zeit nicht mehr im Amte ist, hatte im dritten Stock des Hause Borsigstraße 21 eine Schlafstelle inne. In seiner Wohnung hielt er einen großen Verkehr, wie mitgeteilt wird, auch sehr viel mit Prostituierten. Am Dienstag abend vernahmen Hausbewohner großen Lärm, der allem Anschein nach von einem Streit herrührte. Plötzlich hörten sie einen dumpfen Fall. Im Laufe des Mittwochs wurde Splettstößer nicht mehr gesehen, und als man am späten Abend Verdacht schöpfte, ließ man sein Zimmer öffnen. In der Nähe der Tür fand man den Beamten in einer großen Blutlache am Boden liegend. Sein Tod ist wahrscheinlich infolge mehrerer Stichverletzungen eingetreten. Die ganze Wohnung war durchwühlt und alles Wertvolle von den Tätern geraubt. Die Mordkommission wurde benachrichtigt und begab sich zu später Nachtstunde an den Tatort. Aus den Aussagen verschiedener Hausbewohner geht ferner hervor, daß Splettstößer die bei ihm verkehrenden Frauen und Mädchen sehr schlecht behandelt hatte. Es ist daher möglich, daß seiner Ermordung ein Racheakt zugrunde liegt.

Die Hospitäler der Stadtgemeinde Berlin sind seit längerer Zeit den an sie gestellten Anforderungen in bezug auf Unterbringung der Hospitaliten nicht mehr gewachsen. Eine größere Anzahl um Aufnahme bittender Frauen und Männer kann nicht berücksichtigt werden, weil die Anstalten voll belegt sind, auch die Entlastung der Krankenhäuser durch Aufnahme Siecher, die der Krankenhausbehandlung nicht mehr bedürfen, in Siechenanstalten und Hospitäler kann des Platzmangels wegen nicht durchgeführt werden. Um der dringendsten Not abzuhelfen, hat der Magistrat beschlossen, in der Anstalt für Epileptische in Wuhlgarten fünf freistehende Landhäuser für 150 Hospitaliten einzurichten und das Hospital in der Palisadenstraße um 40 Betten zu erweitern. Für die Ausstattung der fünf Landhäuser in Wuhlgarten und für die Erweiterung des Hospitals in der Palisadenstraße werden rund 370 000 M. Kosten entstehen. Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung ersucht, der Einrichtung einer Hospitalabteilung von 150 Betten in fünf Landhäusern in der Anstalt für Epileptische in Wuhlgarten und der Erweiterung des Hospitals in der Palisadenstraße um 40 Betten zuzustimmen.

Blüthner-Orchester, im Blüthnersaal, Lützowstr. 76. Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, städt. Volkskonzert. „Ouvertüren von Mozart bis Wagner.“

Postverkehr mit Belgien. Belgien hat den Postanweisungsverkehr in der Richtung nach Deutschland wieraufgenommen. Vom 15. Juni an sind auch Postaufträge und Postnachnahmen auf eingeschriebene Briefsendungen sowie auf Briefe und Kästchen mit Wertangabe nach und aus Belgien wiederzugelassen.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Freitag: Ziemlich kühl und veränderlich, überwiegend bewölkt, mit leichten Regenfällen und mäßigen nordwestlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Antistreikgesetze in Amerika

Der Mainummer des „American Federationist“, dem Organ des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, entnehmen wir die Mitteilung, daß in vielen Staaten der Union versucht wird, Antistreikgesetze durchzuführen. Eine Unternehmerorganisation, die sogenannte „League for Industrial Rights“ (Liga für industrielle Rechte), deren Mitglieder der alten Antiboykott-Vereinigung angehören, versucht ganz großzügig diese Aktionen, die Gewerkschaften zu sprengen, in die Tat umzusetzen. Nach der Mitteilung eines Unternehmerorgans, der „Manufacturers News“ in Chicago, enthält dieses Gesetz als Verbot jeglichen Streikpostenstehens, jeglicher Kontrollen und Streikaktionen seitens der Streikenden gegen die Unternehmer.

In den amerikanischen Parlamenten besteht die Gepflogenheit, öffentliche parlamentarische Verhöre zu veranstalten, um Gegner und Befürworter irgendeines Gesetzentwurfes ihre Einwände für oder gegen hören zu lassen. Gompers, der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, ist als Vertreter der organisierten Arbeiter des Staates New York nach Albany, dem Sitz der Staatsregierung, gereist, um gegen ein solches dort eingebrachtes Gesetz Einspruch zu erheben. Gompers teilt weiter mit, welche destruktiven Tendenzen für die Gewerkschaften diese Gesetze enthalten, und wir können verraten, daß diese sogenannte parlamentarische Aktion nicht viel Erfolg haben wird. Erst wenn die „politische Neutralität“ der amerikanischen Gewerkschaften einer klassenbewußten Arbeiterpolitik weichen wird, dann werden diese ständigen Angriffe gegen den Bestand der amerikanischen Gewerkschaften ein ruhmloses Ende finden.

Gastwirtsgehilfen und Trinkgeldfrage

Wir teilten kürzlich mit, daß die „Gesellschaft für soziale Reform“ die ganze Trinkgeldfrage neu aufrollte und dafür eintritt, daß das Trinkgeldwesen verschwinden soll. Die organisierten Gastwirtsgehilfen machen sich diese Auffassung zu eigen, und das offizielle Organ des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurants- und Kaffee-Angestellten, die „Gastwirtsgehilfen-Zeitung“, schreibt in seiner Nummer 23, daß das Vorgehen der Gesellschaft für soziale Reform zeigt, daß sich der Widerstand gegen das Trinkgeldgeben beim Publikum zu verstärken beginnt. Es wird weiter darauf aufmerksam gemacht, „daß das breite Publikum des sogenannten Mittelstandes, auf das die meisten von uns angewiesen sind, sich mit Vorliebe den Lokalen zuwendet, in denen ihnen das Trinkgeldgeben erspart bleibt“. Es wird weiter ausgeführt, daß weniger aus ethischen Gründen, sondern aus harten materiellen Notwendigkeiten heraus, die Trinkgeldentlohnung abgeschafft werden muß. Das Blatt schreibt weiter: Es bleibt eben mit Naturnotwendigkeit nur eins übrig: ein ausreichender, fester Lohn, der jedes Trinkgeld überflüssig macht und es als eine unmoralische Einrichtung erscheinen läßt, die in jeder Form verschwinden muß.

Es wird noch die Forderung vertreten, daß das Bedienungspersonal zunächst ehrlich Farbe bekennen muß und sich entschlossen auf die Seite des Publikums zu stellen hat. Außerdem müßten Plakate mit dem Trinkgeldverbot ausgehängt werden. Und es heißt zum Schluß: „Fort mit dem Trinkgeld jeder Art!“

Wir freuen uns dieser Stellungnahme und hoffen, daß es in absehbarer Zeit gelingen wird, dieses ganze leidige Trinkgeldwesen aus der Welt zu schaffen. Es wäre noch zu erwägen, ob in den stark frequentierten Speiselokalen nicht eine andere Form der Bezahlung eintreten könnte, so wie sie vielfach in amerikanischen Städten eingeführt ist. Dort werden nur die Speisen vom Personal aufgetragen, der Kellner schreibt auf einen Zettel die Rechnung, und der Gast bezahlt sie an der Kasse beim Ausgang. Das ermöglicht einen viel flotteren Betrieb, und das Bedienungspersonal wird von der ganzen Zahlerei entlastet. Es wird an dem Verband liegen, ob er evtl. in Verhandlungen mit den Unternehmern sich zu einer solchen Reform entschließen könnte, die sehr viel für sich hat und sich „drüben“ glänzend bewährt.

Berliner Beamtenforderungen. Am 15. Juni fand in der „Neuen Welt“ die vom Provinzialkartell Berlin des Deutschen Beamtenbundes einberufene Protestversammlung gegen die Zerstückelung der Einheitsgemeinde Berlin in verschiedenen Ortsklassen statt. In dem großen überfüllten Saale referierte Postinspektor Katte, Spandau. In seinem mit starkem Beifall aufgenommenen Referat schildert er den Kampf für die seit 1909 aufgestellten Forderungen, für Groß-Berlin eine einheitliche Besoldung aller Beamtenklassen zu schaffen. Auch die Revolution und die jetzige Regierung hat den alten Zustand belassen, die einzelnen Orte verschiedenen Ortsklassen zuzuteilen. Groß-Berlin ist ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, überall herrscht dieselbe Notlage. An einzelnen Beispielen weist Redner auf die völlig widersinnige Einteilung der Ortsklassen hin. Verschiedene Behörden, z. B. Magistrat, Post- und Wehrministerium sowie Eisenbahn stehen auf der Seite des D.B.B. „Nicht Versprechungen erwarten wir, Solidarität der gesamten Beamtenschaft ist aber die erste Bedingung für den Erfolg.“ In der Diskussion traten Vertreter der verschiedensten Orte und Beamtengruppen nachdrücklichst für die **einheitliche Besoldungsklasse A** für Groß-Berlin ein. Auch Redner der Stadtverordneten-Fraktionen sowie der deutschnationale Stadtverordnete Berg, mit Johlen von einem Teil der Versammlung empfangen, sagte ebenfalls die Unterstützung seiner Partei zu. Unter Zustimmung der Versammlung tritt Gen. Könitz Berg entgegen und geißelt die Sünden der Deutschnationalen. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird die Forderung, die Einheits-Ortsklasse A enthaltend, angenommen, während der Vorschlag, eine Straßendemonstration zu arrangieren, abgelehnt wurde.

Bademeister und Masseusen. Einer Zuschrift des Gemeindearbeiterverbandes entnehmen wir, daß die Bademeister und Masseusen der hiesigen Privatbadeanstalten sich in einer wirtschaftlich sehr schlechten Lage befinden, die auf das herrschende Trinkgelderentlohnungssystem zurückzuführen ist. Durch die Hilfe des Gemeindearbeiterverbandes ist diese Lage wohl etwas verbessert, aber der Notstand des Badepersonals nicht beseitigt worden. Monatsgehälter von 550 bis 625 M. sind das Maximum der Bezüge. Diese Misere ist teilweise darauf zurückzuführen, daß besonders in den Zwergbadeanstalten die Angestellten gewerkschaftlich nicht organisiert sind. Als Beweis wird angeführt, daß in der Badeanstalt von A. Riebel, Lichtenberg, die Masseuse ein Gehalt von 100 M. pro Woche bezieht. Unter diesen Verhältnissen leiden auch die Krankenkassenmitglieder, die medizinische Bäder verschrieben bekommen und von dem nicht ausgebildeten Personal bedient werden, das aber nicht in der Lage ist, die Bäder nach ärztlicher Vorschrift, auf Grund ihrer mangelhaften Kenntnisse, auszuführen. Es wird deshalb die Bitte ausgesprochen, daß das Publikum, das die Badeanstalten aufsucht, insbesondere die Kranken sich den gewerkschaftlichen Ausweis des Badepersonals vorzeigen lassen.

Angestellte der Kartonnagenbranche. Der am 16. März 1921 von dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin gefällte Schiedsspruch und die Vereinbarung vom gleichen Tage über die Verlängerung des Manteltarifs vom 3. November 1920 zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen der kaufmännischen und technischen Angestellten und der Werkmeister der Kartonnagenbranche wurde für diesen Berufskreis für das Gebiet der Einheitsgemeinde Berlin gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetz-Bl. 1456) für **allgemein verbindlich erklärt.** Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Februar 1921.

Afa-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.

Parteiveranstaltungen

Freitag, 17. Juni

14. Distrikt. Abends 7½ Uhr bei Zielemann, Schönhauser Allee 163, Versammlung der Frauen- und Kinderschutzkommission.

12. Verwaltungsbezirk (Steglitz, Lankwitz, Lichterfelde, Südende). Die Genossen, welche an der Feier der Potsdamer Ortsgruppe anläßlich ihres 30jährigen Bestehens teilnehmen, treffen sich um ¾1 Uhr am Bahnhof Steglitz. Abfahrt pünktlich 1.13 Uhr.

14. Verwaltungsbezirk (Neukölln, Buckow, Rudow, Britz). Abends 7 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission und Bezirksführer im Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal. Es darf kein Bezirk fehlen.

Steglitz. Zur Entnahme von Büchern ist die Bibliothek jeden Montag von 7 bis 8 Uhr geöffnet. Mitgliedsbuch legitimiert. Lokal von Rangk, Fichtestr. 4.

Vereinskalender

Donnerstag, 16. Juni

Verband Volksgesundheit. Abends 7½ Uhr, Oberrealschule, Niederwallstr. 12, Vortrag des Genossen Stützer: „Hypnose im Lichte der modernen Psychotherapie“.

Zentralverband der Angestellten. Rechtsanwaltsbureaus. Die für heute angezeigte Versammlung findet nicht statt.

Freitag, 17. Juni

Film-Verband. Ateliearbeiter und Handwerker. Abends 5½ Uhr, Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11-12, Versammlung.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftl.: Robert Hensel, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Internationales Varieté 7.30 SCALA Lutherstraße

Wanderkarten
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit“
Breite Straße 8—9.

Stoffe
für Herren-Anzüge, Ulster, Paletots, Damen-Kostüme,
Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.— Mark.
Nur langjährige Verbindungen mit altbewährten Fabrikanten bürgen für preiswerte, gute Qualitäten.
„Koch & Seeland G. m. b. H.“
Gegr. 1893. Gertraudtenstr. 20-21. Gegr. 1893.

Prozesse, Rat, Beistand, mäß. Preise, Teilzahlung. Ehe-, Alimente-, Strafsachen. Gnadengesuche
Alexanderstr. 45 Landgerichtsrat Dr. von Kirchbach-Gesellsch. (geg. Tietz) 8-7. Glänz. Erfolge. Beobacht. Mitm. nehm. Jurist. Sonnt. 10-12 Vertrauenssach.

Arbeitersekretär gesucht
Das Gewerkschaftskartell Spremberg (N.-L.) sucht zwecks Errichtung eines Sekretariats eine selbständig arbeitende Kraft. Verlangt wird neben einer mindestens fünfjährigen freigewerkschaftlichen u. politischen Organisationszugehörigkeit, Angabe der Parteistellung, Anerkennung der Richtlinien und Beschlüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, organisatorische und rednerische Befähigung sowie Kenntnisse in Betriebsrätefragen. Besoldung nach den Bestimmungen des Vereins „Arbeiterpresse“, vorangegangene Dienstjahre in ähnlichen Stellungen werden angerechnet. Selbstgeschriebene Bewerbungen sind unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sowie mit einem Aufsatz über die „Aufgaben eines Arbeiter- und Gewerkschaftssekretärs“ bis 25. Juni 1921 mit der Aufschrift „Sekretär“ bei Otto Dietzel, Spremberg, N.-L., Wilhelmstraße 5 einzureichen

Zur politischen Lage — Jetzt aktuell
Karl Kautsky
Wie der Weltkrieg entstand
Preis 6.— Mark
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2
Breite Straße 8-9
Auch in allen Filialen erhältlich

Spedition Werner, Greifswalder Str. 29
sucht
Botenfrauen
für Barnimstraße.

Annahme in allen Speditionen des Verlages — Kleine Anzeigen — Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9
Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Kinderwagen verkauft Göritz, Dunckerstraße 4.

Jackett-Anzüge, wenig getragen, Friedensstoff, spottbillig Koppenstr. 24, Laden.

Bettwäsche enorm billig. Deckbettbezüge 37.—, Kissenbezüge 11.50, Bettlaken 21.—, Jaletts 90.—, Wäschestoffe, Händlern Engrospreise. Reelle Bedienung. Fahrtvergütung. Altbekanntes Spezialgeschäft. Wäschefabrik Graefestraße 33 (Hasenheide).

Leihhaus Friedrichstr. 2 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Herrengarderobe. Keine Lombardware.

Schreibmaschinen, Sichtschrift, sämtliche Systeme, neu und gebraucht, kaufen Sie vorteilhaft bei Hans Bähr, Spittelmarkt 7, Zentrum 3225.

Reparaturen an Schreibmaschinen, Ladenkassen und Rechenmaschinen schnellstens und preiswert bei Hans Bähr, Spittelmarkt 7, Zentrum 3225.

Erwerbstätige Frauen! Verlangt den Aufruf von Luise Zietz, „Willst du arm und unfrei bleiben?“ (30 Pfg.), gegen Einsendung von 40 Pfg. von der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9.

Möbel

Umbausofas 925 bis 1525.—, Chaiselongues 200.— bis 575.—, Metallbetten, Auflagematratzen, Patentmatratzen 110.—, Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Rehfeld, Babstraße 34. Moderne Küchen, la Lackfarbe, herrliche Verglasung 495 Mark. Schlafzimmer Eiche, weiß und Nußbaum imit. 2860 Mark. Stube und Küche, 14 Teile 3220 Mark. Seltene Gelegenheitskäufe, auch gebraucht. Versand nach außerhalb. Hausnummer achten.

Chaiselongues 100.— Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderdrahtbett. Weicke, Auguststr. 73a. Dugb.

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 350 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Fahrräder

Fahrradgummi billiger Riesenposten weiße Laufmäntel 38, 43 Jahresgarantie 65. Continental 64. Schmutzfänger Garnitur 12.—. Engroslager, Gormannstr. 1, Ecke Weinmeisterstraße. Gummi-Palm.

Neckarsulmräder, Adlerfahrräder, Wandererräder, Stoewergreifrad, Opelfahrräder, Welträder, Simsonräder, 700.—, gefahrene spottbillig. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Radreparaturen, Zweiräder, Dreiräder allerbilligst. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Fahrradgummi! Spottbillig. Schlawe, Weinmeisterstr. vier.

Kaufgesuche

Firnis, Bleiweiß, Malerartikel kauft Krüger, Elisabethstraße 17.

Zu kaufen gesucht Hilferding, „Das Finanzkapital“. Broschiert oder gebunden. Angebote an die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, Nägel, Schrauben Strausberger Straße 44.

Spiralbohrer kauft Oskar Löscher, Hohen-Neuendorf, Augustastraße 1.

Unterricht

Polnischen Sprachunterricht. Welcher Genosse erteilt möglichst 2 Stunden täglich Lesen, Schreiben. Vorkenntnisse vorhanden. Offerten mit Preisangabe an Spedition Seckmann, Stargarder Str. 13.

Geld-Verkehr

Sofort Geld auf Wertsachen, Brillanten, Wäsche, Pfandscheine, Rückkaufsrecht. Schulz, Danziger Straße 60 (an der Prenzlauer Allee).

Tiermarkt

Hundefutterverkauf. Scheren, Kupieren. Palisadenstr. 23.

Verschiedenes

Achtung! Straßenhändler! Keks, Schokolade zu Schleuderpreisen. Enormer Verdienst. Anhalt, Grenzstr. 68.

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8/9.